Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 12 (1932-1933)

Heft: 11

Artikel: Das Dilemma unserer Wirtschaftspolitik : ein Beitrag zur Lösung

Autor: Caveant

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157557

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die kommenden Verhandlungen in Genf werden von größter Tragweite sein für die nächste Zukunft Europas. Vorläufig sind die Aussichten herzlich schlecht. Aus der verworrenen Situation ist wohl nur herauszukommen, wenn von allen Seiten her Klarheit und Aufrichtigkeit gefordert wird. Hierzu ein Kleines beizutragen, war der Zweck dieser Abhandlung.

Das Dilemma unserer Wirtschaftspolitik. Ein Beitrag zur Lösung.

Bon Capeant.

Dwei Bege stehen gegenwärtig zur Diskussion, wenn es sich darum handelt, einen Ausweg aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwiesrigkeiten unseres Landes zu sinden. Die einen sordern — unter dem Schlagswort Deflation — die Anpassung des schweizerischen Preisniveaus an dassienige des Auslandes, um so durch Erleichterung des Exportes die Birtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Schweiz darf keine Preisinsel bleiben, sagen sie. Die andere Meinung schreckt vor den sinanziellen und politischen Folgen zurück, die ein Preiszusammenbruch in unserm Lande zur Folge haben würde und sucht durch Abwehrs und Unterstützungsmaßenahmen unter Einsetzung unserer Kapitalreserven wenigstens die Kauskraft des Inlandsmarktes zu erhalten. Ein wenig aussichtsreiches Unternehmen, wird diese doch durch den Zusammenbruch des Exportes und des Fremdensverkehrs täglich mehr unterhöhlt.

Und vor die Frage gestellt, die eine oder andere Lösung ergreifen zu müssen, die jede in ihren Folgen ungewiß und unabsehbar ist, überläßt unsere Regierung diese peinliche Entscheidung dem Spiel der politischen Kräfte und regelt sachliche Wirtschaftsfragen nach Maßgabe des Nachsbruckes, mit der sich die einzelnen Interessengruppen bemerkbar machen.

Eine Untersuchung der Gründe unserer Lage zeigt nun aber, daß es vielleicht noch eine dritte Lösungsmöglichkeit gibt, die mit dem Folgenden zur Erörterung gestellt werden soll.

Es muß dabei eingangs vor allem festgestellt werden, daß die Krise von außen her in die Schweiz gekommen ist und in erster Linie infolge Lähmung des Exportes die Räder unseres Wirtschaftslebens so verhängnis- voll ins Stocken gebracht hat.

Die Schwierigkeiten, benen unser Export begegnet, können nun aber vor allem zwei Ursachen zugeschrieben werden — neben der allgemeinen Raufkraftverminderung —, deren Bedeutung nicht überschätzt werden kann und auf deren Gestaltung uns zudem ein Einfluß zusteht.

Die eine Ursache liegt in unserm hohen Preisniveau. Es ist jedoch dabei zu beachten, daß der Preis der Waren eines Landes für den Räuser eines andern Landes neben dem Inlandspreis durch den Wechselkurs bedingt wird, den die Währung des einen Landes im andern erzielt. Wenn nun zwei Länder nur Waren austauschen würden, würde sich der Kurs des Geldes des einen Landes im andern ausschließlich darnach richten, was für Waren für dieses Geld gekaust werden können und würde also hohen Warenpreisen im Lande B. ein niedriger Kurs von dessen Währung im Lande A. entsprechen. Denn niemand würde selbsteverständlich mehr für eine Geldeinheit bezahlen, mit der nur Waren gestauft werden können, als ihm die Waren wert sind, die er dafür erhalten tann.

Doch neben diesem erstern Wertbestimmungsgrunde gibt es noch einen zweiten Faktor, der auf den Preis der Währung eines Landes im Ausland (Wechselkurs) von Einfluß ist: Das ist der Kapitalverkehr. Ein Land, das große Guthaben einzusordern hat oder das aus bestimmten Gründen sür Anlagezwecke bevorzugt wird, wird bessehalb im Preise erhöht finden, ganz unabhängig von der Menge von Waren, die für dieses Geld erhältlich ist.

Dieser im Kapitalverkehr liegende Preisbestimmungsgrund kann dazu führen, daß die Währung eines Landes einen viel höhern Kurs bedingt, als es dessen innerm Preisniveau entsprechen würde. Der Export dieses Landes wird dadurch vom Gesichtspunkt des für das betreffende Land geswohnten Warenaustausches gehemmt, der Import aber gefördert. Das ist gegenwärtig unser Fall.

Der Besitz eines Landes an der Ware Gold hat für diese Verhältnisse immer nur eine vorübergehende und zeitlich ausgleichende Bedeutung.

Die zweite ber erwähnten Ursachen liegt in der Schwierigkeit der Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln für gewisse unserer Abnehmerstaaten, die aber im wesentlichen auch wieder den eben erwähnten Gründen zugeschrieben werden kann. Abgesehen von einer Umstürzung der Geldverhältnisse durch eine akute Inslation, sind Devisenschwierigkeiten dieser Art immer Störungen im Kapitalverkehr zuzuschreiben. Dies führt dann dazu, daß die Währung eines solchen Landes in
viel größerm Maße angeboten wird, als es dem Warenverkehr entspricht
und dieser Währung damit ohne besondere Schutzmaßnahmen eine Entwertung drohen würde, die große Gesahren für die Preisentwicklung im
Inland mit sich brächte. Der Schutz der Währung zwingt dann zur Regulierung des Devisenverkehrs und damit zu einer weitern Hemmung des
Warenhandels.

In beiden Fällen bleibt die Tatsache bestehen, daß der Warenverkehr gestört wird durch eine außer demselben liegende Ursache, durch den Umsstand nämlich, daß er zu seiner Vermittlung an das gleiche Zahlungsmittel gebunden ist wie der Kapitalverkehr.

538 Caveant

Wäre das nicht der Fall, so hätten wir in der Schweiz keine beängstigende Arbeitslosigkeit und unser Import würde mit unserer Arbeit bezahlt werden können und nicht mit unsern schrumpfenden Kapital-Reserven.

Bis heute ist eine Lösung dieses Problems auf zwei Wegen versucht worden, einmal durch die Clearingabkommen und dann durch den Kompenstationsverkehr.

Durch die Clearingabkommen wird versucht, die zweite der erwähnten Schwierigkeiten zu umgeben, diejenige der Beschaffung ausländischer Bahlungsmittel seitens unserer Abnehmer, zur Begleichung ihres Importes an schweizerischen Waren, und zwar burch bas Mittel ber Busammenfassung bes Zahlungsverkehrs für ben gesamten Import und Export mit einem bestimmten Lande. Reben ber Schwierigkeit ber Ginbeziehung bes gesamten, ben Warenhandel betreffenden Zahlungsverkehrs, die sich aber durch geeignete Magnahmen ohne übermäßigen Kontrollapparat beheben läßt, bleibt aber das Problem der Verschiedenheit des Preisniveaus in beiden Ländern bestehen, sowie das noch tompliziertere, daß bei der wechselseitigen Berbundenheit aller Länder ein Gegenseitigkeits-Berkehr mit nur einem oder wenigen Ländern sich nur mit erheblichen Einschränkungen burchführen läßt. Länder mit vorwiegend verarbeitender Industrie (z. B. Österreich) können auf die Dauer nur ihre im Lande selbst erwachsenen Berarbeitungs= toften einbeziehen lassen. Bei Rohstoffländern dagegen besteht ein Interesse an einem Gegenseitigkeitsverkehr auf bem Wege ber Clearingverrechnung nur bei Butern, die fie nicht zu gleichen Preisen ebenso gut auch anderswo verkaufen könnten, nicht dagegen bei den typischen Welthandelsgütern. Ebenso hat ber Kompensationsverkehr notwendigerweise mit ben gleichen hindernissen zu rechnen, die wir vorgängig beim Clearingverkehr erwähnten, ber Berschiebenheit des Preisniveaus, die den Absat erschwert und der Unmöglichkeit, den internationalen Warenverkehr auf die Basis ber Reciprozität mit einzelnen getrennten Ländern zu stellen.

Aus der Art unserer Problemstellung und den vorgängig gemachten Einwendungen gegen die bisherigen Lösungsversuche ergibt sich nun aber auch noch eine dritte Möglichkeit: Den Zahlungsverkehr für den Teil des Warenaustausches, für den die eingangs erwähnten Hemmungsgründe ause geschaltet werden sollen, vom übrigen Geldverkehr wenigstens zeitweise lose zulösen.

Es kann dies dadurch erreicht werden, daß alle ausländischen Lieferanten unseres Landes (soweit dies aus wirtschaftspolitischen Gründen
tunlich ist) nicht mehr in Franken schlechthin oder in Valuten bezahlt
werden, sondern in Frankenanweisungen, deren Verwendungsmöglichkeit
in dem Sinne beschränkt wird, daß sie teilweise oder ganz nur zur Begleichung schweizerischer Exporte verwendet werden dürsen. Diese Unweisungen wären unter Ausländern frei negoziierbar, dürsen aber an Inländer nur gegen den Beleg einer entsprechenden Warenaussuhr abgetreten

werden. Das Institut, dem die Durchführung und überwachung dieser Transaktionen zufallen würde, hätte dabei dafür zu sorgen, daß für diese "Exportfranken" ein gewisser Markt geschaffen würde, den es zu kontrolslieren hätte, worüber später noch zu reden sein wird.

Ganz allgemein hätte eine solche Maßnahme das Ergebnis, daß der in seiner Verwendung beschränkte "Exportfranken" einen niedrigeren Kurs bedingen würde, als der gewöhnliche Franken. Die Einsuhr würde damit, in solchen "Exportfranken" ausgedrückt, mehr kosten, in welchem Verhält=nis umgekehrt der Export billiger und damit erleichtert würde. Die Einsuhr hätte also damit den Ausgleich zu tragen für den insolge der Differenz des Preisniveaus ohne eine solche Maßnahme erschwerten Export. — Es seitschrift erschienene Arbeit von Dr. Hachmann "Nationale Wirtschaftsspolitik" hingewiesen. — Der erwähnte Eingriff könnte dabei in keiner Weise als künstlich bezeichnet werden, da er ja im Gegenteil nur die natürliche Preisrelation zwischen den Einsuhrgütern und den Aussuhrgütern wieder herstellen würde, eine Relation, die insolge ihrer gegenwärtigen Störung eben Verwirrung in unser nationales Wirtschaftsleben gebracht hat.

Im Gegensatz zu den bestehenden Clearingverträgen würden dadurch, daß die Bezahlung der schweizerischen Importe in unter gewissen Bestingungen zwischen Ausländern frei negoziierbaren Franken erfolgte, die Schwierigkeiten der Reciprozität mit nur einem Staate vermindert, die einem Lande zukommenden "Exportsranken" könnten von diesem an ein drittes Land verkaust werden und dann zur Begleichung von dessen Bezügen aus der Schweiz dienen. Auch könnte eine solche Maßnahme von der Schweiz allein durchgeführt werden und müßte diese nicht auf die oft schwer zu erreichende und nicht immer unbedingt zuverlässige Mitwirkung anderer Staaten abstellen.

Es ergibt sich nun vor allem die Frage, in welchem Mage unsere Lieferanten gur Unnahme diefer "Exportfranken" gebracht werden könnten. Einmal ist da zu bemerken, daß, weil unsere Ausfuhr unsere Einfuhr nicht zu beden braucht, auch nur ein bestimmter Prozentsat ber Lieferungen, ber nach Warenkategorien und eventuell nach Ländern abzustufen wäre, in gebundenen Franken zu zahlen wäre, während die Begleichung des Restes freigestellt werden könnte. Sodann würde natürlich der "Exportfranken" im Sandel einen niedrigern Preis erzielen und mußte für die gleiche Ware mehr davon verlangt und gegeben werben. Zum Ausgleich saisonmäßiger Schwankungen im Angebot und in der Nachfrage könnten des weitern Erportfranken-Guthaben unserer Lieferanten mit einem minimalen Risiko und zu einem fehr geringen Bins in gewöhnliche Franken bevorschuft werben. Eine weitere Erleichterung der Berwendung dieser "Exportfranken" ware auch noch dadurch zu erreichen, daß der schweizerische Rapitalexport in ihren Dienst gestellt würde, indem bei Unleihen zu neuen Investitionen die feste übernahme von bestimmten Beträgen an "Exportfranken" zu fordern mare. Was den Preis oder Kurswert des Warenfrankens anbetrifft, so würde seine ausgleichende Wirkung zwischen dem Preisniveau der Imports und Exportgüter natürlich dadurch erreicht werden, daß ihn die schweizerischen Importeure von dem betreffenden Institut zur Parität mit dem gewöhnlichen Franken übexnehmen müßten, wogegen diese Stelle den "Exportstranken" den schweizerischen Exporteuren auch wieder zur Parität abenehmen würde. Im Handel zwischen Ausländern dagegen könnte sich für den "Exportsranken" ein freier Markt entwickeln, der durch geeignete Maßenahmen, worunter auch Termingeschäfte zu rechnen sind, zu kontrollieren wäre.

Der Verkaufskurs des "Exportfrankens" an die schweizerischen Importeure könnte aber auch nach Maßgabe der einzuführenden Warenstategorie differenziert werden. Für Luxusimporte oder solche, die eine größere Belastung ertragen, würde er erhöht, für lebensnotwendige Artikel dagegen tiefer angesetzt. Umgekehrt besteht beim Kurs, zu dem der "Exportfranken" den Exporteuren abgenommen wird, die Möglichkeit, auf die in den ausgesührten Waren enthaltene Arbeitsquote oder andere volkse wirtschaftliche Gesichtspunkte abzustellen.

Durch Abkommen mit ausländischen Reiseagenturen und Ausgabe von Reisecheckbüchern, die nur zusammen mit einem ausländischen Paß verwendet werden dürften, könnten die Vorteile der skizzierten Regelung auch für Ferienhotels, Sanatorien und Erziehungsanstalten nutbar gemacht werden.

Es sei zum Schluß noch ausdrücklich bemerkt, daß eine derartige Orsganisation des Warenzahlungs-Verkehrs sich durchaus nicht von Ansang an auf den gesamten Warenhandel erstrecken muß, sondern vorläusig ganz gut nur auf gewisse, besonders geeignete Güterkategorien oder auf einzelne Länder zur Anwendung gebracht werden kann, ohne daß dabei sich unüberswindbare Schwierigkeiten ergeben würden.

Der ganze Vorschlag mag für ein auf die bisherige volkswirtschaftliche Praxis abstellendes Denken reichlich kühn erscheinen, doch darf eben nicht vergessen werden, daß sich unsere Wirtschaftspolitik wohl noch kaum je vor so schwierige Fragen gestellt sah, wie gegenwärtig und daß kein deus ex machina unserer Wirtschaft wieder eine neue Blüte oder auch nur einigermaßen den Anschluß an einen spätern wiederkommenden Ausschwung der Weltwirtschaft verschafsen wird, sondern daß wir da nur allein auf unseren Willen abstellen können, neuen Verhältnissen mit neuen Mitteln zu begegnen. Denn auch diese Tatsache wird bestehen bleiben, daß die gegenwärtige grundlegende Anderung in der internationalen Wirtschaftspolitik, das ist die Einstellung auf eine planmäßige nationalwirtschaftliche Regelung der ökonomischen Beziehungen zu andern Völkern, eine notwendige und bleibende Erscheinung unserer Epoche ist und die Grundlage jeder ersfolgreichen Wirtschaftspolitik bilden muß.